

**Rede von  
Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner  
zur Einbringung des Haushaltes 2011  
im Gemeinderat am 25. Januar 2011**

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit der Vorlage des Haushaltsplans für das Jahr 2011 werden wie jedes Jahr die finanziellen Grundlagen für die künftigen politischen Entscheidungen getroffen. Dies war für das Jahr 2011 nicht einfach, da die Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Situation sich auch in unserem Haushalt niederschlagen.

So galt es unter Beibehaltung der Freiwilligkeitsleistungen und der Ausgaben für die Kultur nachhaltige Stadtpolitik darzustellen.

Ich werde mich in meiner Rede im Wesentlichen auf folgende Bereiche konzentrieren:

- 1. Bildung und Betreuung**
- 2. Infrastruktur**
- 3. Umwelt**
- 4. Soziale Infrastruktur**
- 5. Wirtschaftsförderung**
- 6. Strategische Zukunftsentwicklung**
- 7. Finanzielle Auswirkungen**

Dabei ziehen sich die Ziele der Politik unserer Stadt durch den Gesamtkonzern Stadt. Aus diesem Grund sind die Maßnahmen in den entsprechenden Themenbereichen zusammengeführt.

### **1. Bildung und Betreuung**

Bildung und Betreuung sind die zentralen Themen, die vor Ort gelöst werden müssen, wenn es um die Zukunft unserer Jugendlichen und Kinder sowie der Familien geht.

Benjamin Disraeli:

Das erste Kapitel des Staates ist das Schulwesen.

Das zweite Kapitel des Staates ist das Schulwesen.

Das dritte Kapitel des Staates ist das Schulwesen.

Dies gilt auch für unsere Stadt. Betrachten wir die Maßnahmen der vergangenen Jahre, so führten sie zu einem erhöhten Zuschussbedarf im Bereich der Schulen, der im Jahr 2007 noch bei 8,6 Mio. € lag und sich im Jahr 2011 auf 11 Mio. € erhöht hat.

Nur konsequent ist es deshalb, dass wir auf diesem Weg weiter fortschreiten und ich bin dankbar, dass ein technisches Gymnasium bei der Louis-Lepoix-Schule eingerichtet werden kann sowie eine soziale Oberschule bei der Robert-Schuman-Schule. Konsequent ist dabei auch die Einrichtung der Werkrealschule.

Ein weiterer wichtiger Baustein gerade auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Ausbau der Krippenplätze.

Der Ausbau von Krippen und Kindertagesstätten entsprechend des Bedarfs, der Wunsch nach mehr flexiblen Angeboten sowie der Ausbau von familienunterstützenden und familienentlastenden Angeboten der Jugendhilfe, die Schaffung von präventiven Angeboten wie Familienhebammen und Familienbesuchern dienen damit nicht nur dem Ziel einer familienfreundlichen Kommune, sondern sind auch ein Beitrag zur langfristigen Entlastung des Sozialertrags. Daher wollen wir den U3-Ausbau trotz der noch offenen Konnexitätsfragen weitertreiben. Um die 34% im Jahr 2013 zu erreichen, sind von 2011 an jährlich weitere bis zu 50 neue Plätze zu schaffen.

Wichtige Grundsatzentscheidungen hat der Gemeinderat auf dem Weg dahin mit der Zustimmung zu den großen Krippen der AWO und der evangelischen Kirche bereits getätigt.

Als weiterer Baustein wird die Tagespflege weiter ausgebaut, da die Tagesmütter bei den Eltern großen Zuspruch genießen. Da die Krippen und

Kindertagesstätten immer mehr auch der Bildung dienen, sind diese auch als zukunftsweisende Bildungsinvestitionen anzusehen.

Modelleinrichtungen wie das Familienzentrum zeigen neue Wege auf, in der Vernetzung vorschulischer Bildung, intensiver Sprachförderung, Einbindung der Eltern und einer engen pädagogischen Verzahnung mit der Grundschule.

Die Bildungshäuser in der Cité und Balg, die von unserer Landesregierung genehmigt wurden, sind Leuchtturmprojekte, die wichtige neue Impulse geben werden. Nicht nur hierfür nehmen wir Geld in die Hand. Ab 2011 soll die Vernetzung aller Bildungsakteure für ein lebenslanges Lernen, die bessere Gestaltung der Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsbereichen, vor allem zwischen den Kindergärten und Grundschulen und Schule und Beruf verbessert werden, damit eine Bildungsbeteiligung der bisher benachteiligten Schüler erzielt werden. Dazu dient auch die Errichtung der Bildungsregion mit zwei Stellen.

Dies heißt jedoch auch, dass wir in Zukunft mehr Ganztagsangebote in Schulen und auch im Bereich der Schulsozialarbeit bzw. bei den pädagogischen Assistenten aktiv bleiben müssen. Mit der Schaffung der Stelle der Schulsozialarbeit an der Grund- und Hauptschule Sandweier und der Realschule ist ein wichtiger Schritt vollzogen.

Auch für die Sprachförderung wenden wir mehr als 20.000 € auf, um den Bildungserfolg der Kinder mit Migrationshintergrund noch besser fördern zu

können. Hinzu kommt, dass wir uns im Jahr 2011 auch dem Thema des Teilhabeplans für Menschen mit Behinderungen widmen müssen.

## **2. Infrastruktur**

Mit der Infrastruktur wird die Hardware für die Entwicklung einer Stadt geliefert. Daher enthält der Haushaltsplan einiges, was die Infrastruktur für Straßen und Gebäude angeht. Angesichts der hohen Schäden durch den erst angefangenen Winter werden die 1,3 Mio. € zur Reparatur und Sanierung von Straßen nicht ausreichen.

Wir (die Verwaltung) gehen davon aus, dass eine Verdoppelung dieses Betrags sachlich gerechtfertigt ist, zumal in diesem Jahr die Schließung des Tunnels zu bewältigen sein wird.

Gleichfalls werden Zusatzkosten in Höhe von rund 450.000 € für die Umsetzung einer Neukonzeption für den Winterdienst notwendig werden, die in dem Entwurf nicht veranschlagt sind. Nach Vorlage des Konzepts soll die stufenweise Realisierung im Gremium diskutiert werden.

Vorgesehen im Haushaltsplan ist auch die Umsetzung der Konsolidierung der städtischen Gebäude im Rebland, des ehemaligen Frauenhauses sowie der Anbau des Kongresshauses.

Zudem wird das Land den Benazétsaal richten, so dass für die Veranstaltungen und Kongresse neue Perspektiven eröffnet werden.

Vorgesehen ist auch ein Betrag von 100.000 € für die Entwicklung des Sanierungsgebiets Oos-West, durch das Oos eine neue Perspektive für die Zukunft erhalten soll.

Noch zu berücksichtigen sind 400.000 € für die Erschließung Langenäcker. Mit der Weiterentwicklung Cité und der Oberen Breite werden weitere Angebote auch für junge Familien geschaffen.

Gleichfalls sind Mittel für unser Verkehrsleitsystem in Höhe von 400.000 € vorgesehen, das uns über Rechner gesteuerte Ampeln helfen soll, den Verkehr auch umweltverträglich durch unsere Stadt zu schleusen. Dies wird jedoch nicht vor der Tunnelschließung, sondern erst danach möglich sein.

Gleichzeitig haben die Stadtwerke für dieses Jahr vorgesehen, den Wohnmobilstellplatz mit 28 Stellplätzen in der Hubertusstraße einzurichten und auch im Gewerbepark Oos-West wird ein Park & Ride Parkplatz mit ca. 200 Stellplätzen durch die Stadtwerke errichtet und betrieben werden.

Um die zusätzlichen Anforderungen der Tunnelschließung zu bewältigen, sind im Haushaltsplan zwei zusätzliche Stellen für den Gemeindevollzugsdienst vorgesehen.

Dankbar bin ich, dass der Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Stadtwerke die moderaten Kürzungen im ÖPNV mitgetragen hat. Denn wie Rommel schon sagte, „wir werden unsere Schwierigkeiten nur meistern, wenn wir Adam Riese einen guten Platz in der praktischen Politik einräumen“.

Dies ist mit dem vom Betriebsausschuss getragenen Vorschlag sicherlich der Fall, denn letztlich ist niemandem damit gedient, wenn leere Busse durch die Stadt gefahren werden.

### **3. Umwelt**

Zur nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt gehört auch ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Umwelt. Dies ist unsere Aufgabe gerade auch für die nachfolgenden Generationen.

Daher nimmt diese Verpflichtung für eine gute Entwicklung unserer Stadt gleichfalls einen breiten Raum in unseren Haushaltsplänen ein. So weist der Eigenbetrieb Umwelttechnik mit seinem Biomassekonzept den Weg in die richtige Richtung. Grünrückstände aller Art werden mechanisch und biologisch aufbereitet und zu Biogas und Festbrennstoffen weiterverarbeitet.

Durch dieses Konzept werden regionale Kreisläufe geschlossen, in dem gemeindlicher Abfall zu hochwertigen Energieträgern verarbeitet und in kommunalen Einrichtungen wie der EurAka, dem Schulzentrum-West oder der Briegelackerstraße und in Zukunft dem Fernheizkraftwerk in der Rotenbachtalstraße zur Produktion von Wärme eingesetzt werden.

Dadurch wird die lokale Wertschöpfung erhöht und der Vorteil aus ökonomischer Sicht bringt auch noch ökologisch ein Mehrwert. Der Investitionsaufwand von 6,5 Mio. € führt dazu, dass rund 6.000 Tonnen Festbrennstoffe produziert werden können, die einem Gegenwert von über 2 Mio. Liter Heizöl entsprechen.

Gleichzeitig werden in der Altdeponie Sandweier rund 105.000 m<sup>3</sup> einer Altlast beseitigt, die ein nutzungswürdiges Kiesaufkommen von ca. 1,8 Mio. m<sup>3</sup> freisetzen. Mit dem gemeinsamen Konzept wird die Sicherung einer potenziellen Gefahrenstelle für das Grundwasser aufgehoben und die effizienteste Ressourcenwahrung gewährleistet.

Auch die Stadtwerke werden mit einem Angebot für eine Bürgersolaranlage auf den Dachflächen des 2011 noch zu errichtenden Park & Ride Parkplatzes in Oos-West und einer Leistung von ca. 260 kwh einen wichtigen Beitrag zur regenerativen Energieerzeugung leisten.

Die Stadtwerke selbst betreiben bereits 8 Anlagen mit einer Leistung von 150 kwh auf einer Dachfläche von ca. 1.400 m<sup>2</sup> und sind dabei, auch auf der Kletterhalle in Oos-West mit ca. 20 kwh eine Photovoltaikanlage zu erreichen.

Ein wichtiger Beitrag wird auch die Umstellung der Abwassergebühr im Eigenbetrieb Umwelttechnik sein, wodurch Anreize geschaffen werden, Flächen zu entsiegeln und Regenwasser zu versickern.

Des Weiteren sind in unserem städtischen Haushalt für die Straßenbeleuchtung rund 1 Mio. € eingestellt, die zu einer Reduzierung der Strombezugsmenge um rund 65 % führen wird. Auch dies stellt einen wichtigen Beitrag im Sinne der nachhaltigen Umweltpolitik dar.

Genauso wie die Einrichtung der Energieagentur Mittelbaden, die dieses Jahr in Betrieb gegangen ist.

#### **4. Soziale Infrastruktur**

Mit der Fortführung der Jobcenter in gemeinsamer Trägerschaft von Stadt und Bundesagentur für Arbeit wird ein Erfolgsmodell fortgesetzt, das positiv von sich reden macht.

Dennoch können wir feststellen, dass von 2005 bis 2011 der Nettoaufwand für die großen Leistungspositionen um mehr als 5 Mio. € gestiegen ist, wobei sich die Steigerungsraten in den vergangenen 3 Jahren deutlich verlangsamt haben mit rund 400.000 € mehr pro Jahr.

Der bedeutendste Anstieg ist bei der Grundsicherung im Alter festzustellen. Hier stiegen die Leistungen von 2,8 Mio. € in 2005 auf 4,6 Mio. € im Jahr 2011. Dies bedeutet, dass die Zahl der Hilfebedürftigen jährlich um 50 Personen angestiegen ist, was eine Nettomehrbelastung von 200.000 € bedeutet.

Diese Tendenz wird auch in Zukunft aufgrund des hohen Altersniveaus in Baden-Baden erhalten bleiben. Insoweit wäre es mehr als wünschenswert, wenn die von Herrn Bundesfinanzminister Schäuble ins Gespräch gebrachte Bundesfinanzierung der Grundsicherung käme. Dies hätte gravierende positive Auswirkungen gerade auch auf die Finanzkraft der Stadt Baden-Baden.

Die übrigen Bereiche, wie die Entwicklung des SGB II oder die Jugendhilfeausgabe haben sich aufgrund der guten Arbeit der Jobcenter bzw. unseres

Amtes für Familien, Soziales und Jugend stabilisiert und zeigen, dass wir in diesen Bereichen auf dem richtigen Weg sind.

Erwähnen möchte ich noch, dass wir ab dem 1. März 2011 den neuen Pflegestützpunkt eröffnen werden, der Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen schnelle und direkte Wege zur Hilfe aufzeigt, passgenaue Lösungen anbietet und zu einer besseren Abstimmung des örtlichen Pflegeangebotes beitragen soll.

Mit den bereits erwähnten Sprachförderungsangeboten, der Eltern-Mentorenausbildung und dem Teilhabeplan werden wir den Ausbau der sozialen Infrastruktur für Kinder und Familien, für Bedürftige und Schwache vorantreiben und dürfen getrost sagen, dass sich diese Angebote sehen lassen können.

## **5. Wirtschaftsförderung**

Mit dem Gründerzentrum und der Ansiedlung von jungen Unternehmen, hat die Stadt gezeigt, dass es sich lohnt neue Wege zu beschreiten.

Derzeit wird im Rahmen eines Investorenmodells in Oos-West von unserer Gesellschaft für Gewerbeentwicklung Baden-Baden ein Verwaltungsgebäude für IPETRONIK erstellt.

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen ist trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise erfreulich geblieben und ich gehe zuversichtlich davon aus, dass auch im Jahr 2011 weitere Erfolge bei der Ansiedlung von Unternehmen verzeichnet werden können.

Dazu bei trägt die Fertigstellung der Brücke Oos-West, die eine sukzessive Erschließung des Gesamtgebietes ermöglicht und damit auch die Ansiedlung von Mömax erheblich erleichtert.

Der Erfolg der Stadt Baden-Baden für die Ansiedlung von Unternehmen liegt in der Vernetzung vieler Angebote, vom kulturellen über die Bildungs- und Betreuungsangebote bis zur sozialen Infrastruktur.

Wir sind attraktiv und werden als attraktiv wahrgenommen. Dies hilft und führt dazu, dass wir optimistisch auch bei den Gewerbesteuereinnahmen von 32 Mio. € ausgehen. Dies setzt allerdings voraus, dass an der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer keine Änderung durch die Bundespolitik erfolgt.

Die Tatsache, dass die Abschaffung der Gewerbesteuer vom Tisch zu sein scheint, führt jedoch nicht dazu, dass wir die Hände in den Schoß legen können. Änderungen der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer, z.B. Kürzungen bei den Hinzurechnungen würden zu gravierenden Veränderungen bei den Einnahmen führen und die kommunale Finanzierungssituation weiter verschärfen.

Unabhängig hiervon sind in unserem Haushaltsplan neue Wege für das Innenstadtmarketing beschritten worden.

Mit der Ausweisung von 70.000 € zur Finanzierung einer Stelle, die nicht bei der Stadt, sondern bei den Interessensvertretern des Handels, der

Gastronomie und Wirtschaftsunternehmen angesiedelt werden soll, wollen wir den Versuch wagen, die Interessen der in der Stadt tätigen Unternehmen zu bündeln um ein aktives Innenstadtmarketing zu forcieren. Mit diesem Beitrag soll es den Gewerbetreibenden in unserer Stadt ermöglicht werden sich neu aufzustellen und zu formieren, klare Ziele zum Innenstadtmarketing zu entwickeln und im Hinblick auf das FOC in Roppenheim das eigene Profil zu stärken und noch wettbewerbsfähiger für die Zukunft zu sein.

Ich bin überzeugt davon, dass dieser Beitrag zu Veränderungen in unserer Stadt führen wird. Ziel ist es, das „einzel Handeln“ durch gemeinschaftliches Handeln zu ersetzen und deutlich zu machen, dass unsere Stadt gerade im Zusammenwirken der unterschiedlichen Kräfte besondere Qualitäten besitzt und damit der Zukunft ein eigenes Profil geben kann.

## **6. Strategische Zukunftsentwicklungen**

In diesem Haushaltsplan geht es jedoch auch darum, strategische Entwicklungen als Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen.

So wird in diesem Jahr der Prozess Baden-Baden 2020 zu einem Abschluss geführt und als Grundlage für die Arbeit der nächsten Jahre zur Verfügung stehen. Ich bin überzeugt davon, dass sich die harte Arbeit, die sich in 6 Bänden niederschlagen wird, ausgezahlt hat und bei aller Skepsis gegenüber dem Projekt dazu führen wird, dass auch die Bürger das Handeln der Stadt nachvollziehen können.

Des Weiteren ist in diesem Haushaltsplan ein Beitrag zur Fortführung des Weges zum UNESCO Weltkulturerbe ausgewiesen. Nach dem Treffen der Städte Vichy, Spa, Montecatini Terme, Wiesbaden, Karlsbad, Bath und Baden-Baden in Paris ist davon auszugehen, dass Tschechien mit dem böhmischen Bäderdreieck die Federführung für einen transnationalen seriellen Antrag der Bäderstädte des 19. Jahrhunderts übernehmen wird.

Baden-Baden hat mit seiner Tradition und seiner Geschichte und den Vorarbeiten der letzten Jahre gute Aussichten als Teilnehmer an diesem transnationalen seriellen Antrag teilzunehmen. Damit wird das Ziel, Weltkulturerbe zu werden, zu einer realistischen Option.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für wichtig, dass 50.000 € im Haushaltsplan ausgewiesen sind, um handlungsfähig zu bleiben.

Des Weiteren ist die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates im Haushaltsplan verankert und macht deutlich, dass wir uns unserer Verantwortung für eine qualitätvolle Weiterentwicklung unserer Stadt gestellt haben und stellen werden. Diese strategischen Weichenstellungen lassen erkennen, dass es in Baden-Baden nicht um Quantität, sondern um Qualität geht.

## **7. Finanzielle Auswirkungen**

Legt man die oben genannten Bereiche als Ziele fest, wird deutlich, dass dieser Haushalt und die Haushalte der Eigenbetriebe wichtige Investitionen für die Zukunft enthalten. Allerdings wird dabei auch deutlich, dass der Haushalt, der Ihnen heute vorgelegt wird, besondere Herausforderungen für die Verwaltung mit sich bringen.

So sieht der Entwurf für 2011 Einnahmen und Ausgaben von insgesamt 213,3 Mio. € vor. Die Steigerung gegenüber dem Haushalt von 2010 ergibt sich durch höhere interne Verrechnungen und Zahlungen des Landes die brutto verbucht werden.

Ohne diese Sondereffekte würde sich der Haushalt auf demselben Niveau wie 2010 bewegen.

Erwähnenswert ist, dass der Verwaltungshaushalt 2011, also die laufenden Einnahmen und Ausgaben sich nicht decken. Der Haushalt 2011 wird insbesondere dadurch belastet, dass die Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich um 8,8 Mio. € zurückgehen. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die Stadt Baden-Baden 2009 eine einmalige hohe Gewerbesteuerzahlung hatte und aufgrund der Wirtschaftskrise der Kopfbetrag deutlich reduziert wurde.

Um die Einnahmen den Ausgaben anzunähern, hat die Verwaltung die Einnahmen ausgeschöpft, zum anderen werden die Personal- und Sachkosten reduziert.

Bei den Einnahmen wird vorgeschlagen, den Hebesatz bei der Grundsteuer von 455 auf 500 v. H. anzuheben. Dies bringt eine Verbesserung für den Haushalt in Höhe von ca. 1,2 Mio. € und macht die Stadt Baden-Baden nicht zum Spitzenreiter beim Hebesatz der Grundsteuer, die in Freiburg 600 v. H. oder Tübingen bei 580 v. H. liegt.

Diese Erhöhung ist meines Erachtens gerechtfertigt, da wir zum letzten Mal im Jahre 2004 den Hebesatz der Grundsteuer von 440 auf 455 v. H. angehoben haben. In der Zeit von 2004 bis heute gab es nach Angaben des statistischen Bundesamtes eine Inflation in Höhe von etwa 10 Prozentpunkten. Die Ausgaben sind in der gleichen Zeit um diesen Betrag gestiegen. Die Grundsteuer blieb jedoch konstant und hat damit 10% an Wert verloren.

Mit der Anpassung von 455 auf 500 v. H. wird damit nur ein Wertverlust aufgeholt. Ohne diese Anpassung der Grundsteuer würde die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter wachsen und auch bei der mittelfristigen Finanzplanung die Aufgabenerfüllung bei Beibehaltung der Ziele nicht mehr möglich sein.

Erfreulich ist, dass aufgrund des Beschlusses des Gemeinderats die Vergnügungssteuer nach dem Umsatz zu berechnen, deutliche Mehreinnahmen von 500.000 € verzeichnet werden können.

Wenn man an die Ausschöpfung der Einnahmemöglichkeiten denkt, so liegt es auch nahe, über die Anpassung der Kurtaxe nachzudenken. Diese ist seit vielen Jahren konstant und verliert damit, wie die Grundsteuer, ebenfalls an Wert.

Im Rahmen der BKV-Verhandlungen konnte das Land dazu bewegt werden, die Gegenrechnung der Kurtaxe auf 1,6 Mio. € zu reduzieren. Dies war nach Auffassung des Landes eine realistische Größenordnung für das Kurtaxeaufkommen in Baden-Baden. Um sie zu erreichen ist eine Kurtaxener-

höhung auf 3,50 € pro Übernachtung notwendig. Das macht ein Volumen von 300.000 € Mehreinnahmen aus.

Wenn man berücksichtigt, dass die Stadt auch in diesem Jahr bereit ist, die Infrastruktur so zu verbessern, dass die Übernachtungszahlen erhalten bleiben können, z. B. durch die Erweiterung des Kongresszentrums oder die ungekürzten Aufwendungen für Kultur und Parkanlagen so erscheint eine Erhöhung in meinen Augen mehr als gerechtfertigt.

Doch darüber hinaus war es notwendig, die Entgelte für Leistungen zu überprüfen und zu sehen, inwieweit diese kostendeckend sind.

Dies führte dazu, dass auch die Friedhofsgebühren angepasst werden. Diese sind im Haushalt 2011 jedenfalls fest eingeplant.

Darüber hinaus wurden bei den Personalausgaben Stellen eingespart. So ist es gelungen 14,7 Personalstellen bei der Stadt abzubauen und damit eine Reduzierung der Personalausgaben um 0,6 v. H. zu erreichen und dies trotz Tarifsteigerungen und Besoldungserhöhung, Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung sowie zur Arbeitslosenversicherung und Erhöhung der Versorgungsumlage.

Des Weiteren wurde eine globale Minderausgabe von 500.000 € eingestellt. Damit bleiben die Personalausgaben mit 45,7 Mio. € noch unter dem Ansatz von 2010 zurück.

Auch die Sachausgaben wurden so angesetzt, dass der laufende Betrieb aufrecht erhalten werden kann und Maßnahmen bei Gefahrensituationen ergriffen werden können. Die Ansätze sind jedoch auf das Notwendigste reduziert.

Gleiches gilt für die Sozialausgaben, die netto konstant bleiben würden - auch aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung - , müsste die Stadt Baden-Baden nicht 2011 erstmalig eine Umlage für die Übernahme der Aufgaben des ehemaligen Kommunalverbandes für Jugend und Soziales durch die Stadt und Landkreise in Höhe von fast 600.000 € bezahlen. Trotz aller dieser Bemühungen bleibt nach unserer Planung eine Deckungslücke von 8 Mio. € im Verwaltungshaushalt und 5,6 Mio. € im Vermögenshaushalt.

Insgesamt werden daher 13,6 Mio. € benötigt um Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Diese Deckungslücke, die trotz der Erhöhungen der Grundsteuer, der Kurztaxe, der Friedhofsgebühren und der Reduzierungen bei den Personalausgaben und Unterhaltungskosten entstand, soll durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 8,6 Mio. € und eine Aufnahme von Krediten in Höhe von 5 Mio. € ausgeglichen werden.

Nimmt man die Erhöhung der Ansätze bei den Straßenreparaturen um 1,3 Mio. € sowie eine stufenweise Realisierung des Konzepts für den Winterdienst in Höhe von 300.000 € und für den Langenäcker 400.000 € hinzu, so müssen zusätzlich 2 Mio. € durch Rücklagenentnahme gesichert werden.

Damit wird deutlich, dass die Stadt um Zukunft zu gestalten auch ihre Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen muss.

Dies zeigt sich auch bei der mittelfristigen Finanzplanung, wo unter Berücksichtigung dieser aufgezeigten Maßnahmen ab 2013 wieder eine Perspektive für einen Haushalt ohne Rücklagenentnahme und Kreditaufnahmen vorgelegt werden kann. Dies jedoch nur, wenn die strukturellen Verbesserungen vom Gemeinderat mitgetragen werden.

Ich bin überzeugt davon, dass mit diesem Haushalt die Gestaltung der nachhaltigen Zukunftsentwicklung für Baden-Baden ermöglicht wird, und freue mich auf interessante Haushalts-Beratungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.